

Datum: 04. September 2013
Medium: www.kleinezeitung.at
Thema: Wer wird uns pflegen?

## Wer wird uns pflegen?

In sieben Folgen stellen wir wichtige Fragen, die uns vor der Wahl beschäftigen, und präsentieren die Antworten, die die Parteien geben. Teil vier beschäftigt sich mit dem Thema Pflege: Es gibt immer mehr alte Österreicher, Tendenz stark steigend. Experten suchen im Ausland und unter Migranten nach Pflegekräften und neuen Modellen.



Foto © APA/Symbolbild

Ist Salzburg Vorreiter? Kommt das "Buenos dias" zum "Guten Tag"? Das Salzburger Hilfswerk sucht diplomiertes Pflegepersonal und knüpfte Verbindungen zur spanischen Provinz Castellon. Dort ist die Arbeitslosigkeit hoch und die Bereitschaft von jungen, ausgebildeten Leuten groß, nach Österreich zu wechseln. Deutschkenntnisse inklusive.

Für die Zukunft ausreichend qualifiziertes Personal zu finden, das wird in Österreich neben der finanziellen Frage eine der großen Herausforderungen - damit der Pflegebereich nicht zum Pflegefall wird. Der Blick auf Altersstrukturen und Prognosen lässt uns heute schon alt aussehen: Die Lebenserwartung steigt, fünf Prozent der Österreicher sind derzeit älter als 80 Jahre. Im Jahr 2050 werden es mit 11,5 Prozent mehr als doppelt so viele sein - rund eine Million Menschen.

Sozialministerium und Rotes Kreuz prognostizieren, dass bis 2025 zu den derzeit 45.000 Vollzeitbeschäftigten 22.500 zusätzliche Pflegekräfte gebraucht werden. "Sonst steht das System vor dem Kollaps", warnt Werner Kerschbaum, Generalsekretär des Roten Kreuzes.



Wobei derzeit pflegende Angehörige noch "die größten Pflegedienstleister" sind. Tendenz sinkend. Mehrkind- und Großfamilien sind rar geworden. Die Bundespolitik versucht gegenzusteuern: Ab 2014 haben Angehörige die Möglichkeit zur Pflegekarenz (bis drei Monate mit maximal 1400 Euro im Monat) und zur Pflegeteilzeit (Arbeitszeit darf maximal drei Monate auf ein Minimum von zehn Wochenstunden reduziert werden).

Kerschbaum streicht die Wichtigkeit hervor, mehr Migranten für Pflegeberufe zu interessieren. Dafür brauche es "die Anerkennung der fachlichen Kompetenzen, die sie mitbringen und ein herzliches Willkommen".

Woher künftig qualifiziertes Personal nehmen? Das ist auch für Klaus Harter, Geschäftsführer der Arbeitsvereinigung der Sozialhilfe Kärnten (AVS) und damit Chef von 620 Mitarbeitern in der mobilen wie stationären Pflege, die große Frage. "Ich habe momentan keine Antwort drauf", gesteht er ein. Eine bereits praktizierte Variante, die manche forcieren wollen, hinterfragt er kritisch: Wenn Arbeitslose vom AMS umgeschult werden, dann müsse die Frage Priorität haben: "Ja wollen und können diese Leute denn in der Pflege arbeiten?" Nicht jeder schafft es, einen alten Menschen zu waschen oder Windeln zu wechseln.

Eines ist eindeutig: Pflege ist weiblich - großteils wegen Teilzeit im niedrigen Lohnsegment und von der Öffentlichkeit wenig wertgeschätzt: Der Frauenanteil im Stationären beträgt 81 Prozent, bei den mobilen Diensten sind es gar 93 Prozent.

Zur personellen kommt die finanzielle Dimension des Pflegebereiches: 440.000 Österreicher (und damit über fünf Prozent der Gesamtbevölkerung) beziehen mit Rechtsanspruch das Pflegegeld des Bundes, das einkommensunabhängig je nach Pflegebedarf siebenstufig von 154 Euro im Monat bis zu 1655 ausmacht. 2,4 Milliarden Euro zahlt der Staat dafür, informiert Martin Staudinger, zuständig für den Pflegebereich im Sozialministerium. Hinzu kommen 1,5 Milliarden Euro im Jahr, die Länder und Gemeinden an Sozialhilfe zahlen: Wenn etwa Pflegegeld und Pension nicht reichen, um den Heimplatz zu finanzieren. Weil Länder und Kommunen unter immer höheren Aufwänden stöhnen, hilft der Bund mit dem Pflegefonds. Der ist heuer mit 200 Millionen dotiert, bis zum Jahr 2016 fixiert - samt jährlicher Erhöhung von 50 Millionen Euro.

Ja, Pflege wird zunehmend teurer. Braucht Österreich eine Pflegeversicherung, analog zur Sozialversicherung? "In Reformgruppen wurde das lange diskutiert. Es soll aber weiterhin beim steuerfinanzierten System bleiben", berichtet Staudinger und verweist auf Deutschland. Dort gibt es die Pflegeversicherung. Einnahmen und Ausgaben klaffen aber auseinander.



Wo werden die Pflegebedürftigen künftig betreut? Die Politik investiert stärker in die mobile Pflege. Bis 2020 wird eine Zunahme von 36 Prozent prognostiziert, in den Heimen werden um 24 Prozent mehr Betten gebraucht als noch 2010. Einen Trend gibt es heute schon: Die Menschen gehen immer später, dann aber mit höherem Pflegebedarf ins Heim. 70.400 Frauen und Männer von den 440.000 Pflegegeldbeziehern werden dort versorgt, 220.000 Personen sind zu Hause in der Obhut von Angehörigen, 13.200 haben eine 24-Stunden-Betreuung, 110.000 beanspruchen mobile Dienste, 22.000 alternative Wohnformen wie Tagesstätten, Betreubares Wohnen.

Für AVS-Mann Harter ist das Betreubare Wohnen eine Formel der Zukunft. Ältere Leute, die sich noch gut selbst versorgen können, aber nicht alleine leben wollen, mieten sich eine Wohneinheit in einem speziellen, von Gemeinden und/oder Wohnbaugenossenschaft oder anderen Trägern installierten Gebäude. Eine Alltagsmanagerin hilft bei Behördengängen, Arztbesuchen, Einkäufen bzw. schaut einfach nach. Fixpunkte sind Gruppenaktivitäten wie Ausflüge.